

Konsultationen der EU-Kommission zu Kreislaufwirtschaft und Abfallmarkt:

VÖEB setzt sich auf EU-Ebene für Deponierungsverbot ein

Der VÖEB – Verband Österreichischer Entsorgungsbetriebe hat zu zwei öffentlichen Befragungen der Europäischen Kommission über die „Kreislaufwirtschaft“ und zu „Wettbewerbsverzerrungen auf den Abfallmärkten“ deutlich Stellung bezogen. Die Hauptforderungen: Schaffung eines europaweiten Deponierungsverbots, Förderung von stofflicher Verwertung und eine klare Abgrenzung der Begrifflichkeiten „Siedlungsabfall“ und „gewerblicher Abfall“.

Wien, 7. September 2015; Oberste Priorität sieht VÖEB-Präsident KR Hans Roth auf EU-Ebene derzeit in der Reduktion des Siedlungsabfalls, der auf Deponien landet. Mittelfristig fordern sowohl der BDE – Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft als auch der VÖEB ein komplettes Deponierungsverbot im gesamten EU-Raum. Darüber hinaus spielt das Fördersystem der Europäischen Union eine maßgebliche Rolle, um die Entsorgungswirtschaft in eine nachhaltige und vor allem umweltfreundliche Richtung zu lenken. So setzt sich der VÖEB dafür ein, dass die EU-Förderpolitik künftig klar darauf abzielt, stoffliche Verwertung zu forcieren, um den Deponiebau einzuschränken. Durch gezielte Förderpolitik sollen damit mittel- und langfristig gesellschaftlich wie ökologisch sinnvolle Lenkungsmaßnahmen gesetzt werden.

Ein weiteres Anliegen ist eine klare Abgrenzung der Begrifflichkeiten „Siedlungsabfall“ und „gewerblicher Abfall“. Der VÖEB hat bereits vor der Konsultationsphase vorgeschlagen, eigene Schlüsselnummern zu vergeben, um Begriffsunklarheiten zu vermeiden, die durchaus weitreichende Folgen mit sich ziehen könnten. Denn würde es zu einer Ausdehnung des Begriffs „Siedlungsabfall“ in der Gesetzgebung kommen, wie es derzeit nicht auszuschließen ist, würde das für die private Entsorgungswirtschaft bedeuten, künftig keine Abfälle mehr von Kleinunternehmen oder aus Bürogebäuden sammeln und verwerten zu dürfen. Diese Aufgabe stünde im Falle einer Ausdehnung des Begriffs künftig ausschließlich den öffentlichen Betrieben zu.

VÖEB-Präsident KR Hans Roth: *„Wir befinden uns mit dem Abschluss der Konsultationsphase durch die Europäische Kommission in einem wesentlichen Stadium für die zukünftige Ausrichtung der Europäischen Umwelt- und Entsorgungspolitik. Der VÖEB unterstützt die Bemühungen der Europäischen Kommission, eine umfassende, nachhaltig sinnvolle und ehrgeizige Kreislaufwirtschaftsstrategie für die Europäische Union zu schaffen, voll und ganz. Wir werden uns dementsprechend auch in den nächsten Monaten bis zum Abschluss auf EU-Ebene sehr intensiv einbringen.“*

Hintergrund:

Die Europäische Kommission hat für Ende 2015 eine umfassende Europäische Kreislaufwirtschaftsstrategie angekündigt. Derzeit erarbeiten die Generaldirektionen Umwelt und Wachstum einen gemeinsamen Aktionsplan. Dieser soll festlegen, wann und in welcher Reihenfolge die Kommission Maßnahmen umsetzen soll. Neben diesem Aktionsplan soll ein neuer Richtlinienvorschlag die politischen Zielsetzungen für den europäischen Abfallsektor der nächsten 10 bis 15 Jahre festlegen. Mit 28. Mai hatte die Kommission zu diesem Zweck eine dreimonatige öffentliche Konsultation gestartet, die vergangene Woche abgeschlossen wurde.

Kontakt für Rückfragen:

VÖEB – Geschäftsführerin Mag. Daisy Kroker
Tel.: 01 / 713 02 53
E-Mail: kroker@voeb.at

Über den VÖEB:

Der Verband Österreichischer Entsorgungsbetriebe (VÖEB) ist die freiwillige Interessensvertretung der kommerziell geführten Entsorgungsunternehmen in Österreich. Der Verband vertritt derzeit über 200 Mitgliedsunternehmen und repräsentiert somit zwei Drittel - gemessen am Umsatz bzw. an den Beschäftigten – der privaten österreichischen Entsorgungsbetriebe. Die Branche beschäftigt direkt und indirekt ca. 43.000 Mitarbeiter, entsorgt rund zwei Drittel des gesamten in Österreich anfallenden Abfalls in 1.100 High-Tech-Anlagen und erwirtschaftet Umsätze in der Größenordnung von 4 Mrd. Euro pro Jahr.